

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Erscheinung:
wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 4,00 Mk.,
bei allen Postämtern 4,50 Mk.

Druck und Verlag:
B. Hünold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hünold.

Abonnement-Preis:
für die einjährig-Beitragende oder deren Raum 76 Pf.
Zusätzliche Annahme bis zum Sonntag 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 52.

Verstärkt Nr. 49.

Sonnabend, den 12. November 1921.

Postfachkonto
Breslau 186 61

43. Jahrg.

Rundschau.

Phantasten über Deutschlands Zahlungen.

Berlin, 11. November. Dem „New York Herald“ zufolge wird die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorschuss von 100—200 Millionen Goldmark fordern, und zwar für die am 15. Januar 1922 fällig werdende Zahlung. Das Garantiekomitee erhält von der Reichsregierung genaue Mitteilungen über die Einnahmen des Reiches. Die Zahlungen dieses Vorschusses sollen erfolgen, noch bevor weitere Gehaltsaufbesserungen der Beamten oder höhere Dividendenzahlungen an industrielle Unternehmungen, an denen die Reichsregierung interessiert ist, geschehen.

Die Reparationskommission ist zu strengen Maßnahmen entschlossen, falls sich das Deutsche Reich seinen Schuldzahlungen entziehen will. Bevor sie jedoch solche Maßnahmen ergreift, will sie mit deutschen Politikern, Industriellen und Finanzleuten Besprechungen abhalten. Man glaubt, daß die Reparationskommission 3 Wochen in Berlin bleiben werde.

Von anderer Seite wird zu dieser Meldung berichtet: Da Deutschland vor dem 1. Januar überhaupt nichts schuldet und dann nicht 200 Millionen Mark, so entspringt sich die ganze Meldung als Phantastie eines Unwissenden.

Gegen den Marktzug.

London, 10. November. „Equity“ erklärte in Glasgow, daß der Sturz der deutschen Reichsmark auf den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands hinweise, was eine Katastrophe für alle übrigen Länder der Welt bedeuten würde. Er sprach sich für Aufhebung der Kriegsschulden aus.

Berlin, 10. November. Das Reichsabblatt wird am Donnerstag Veränderung über Eindämmung der Marktentwertung pflegen, um Rückschlüsse für die kommenden Beratungen mit dem Reparations-Ausschuß aufzustellen.

Der Dollar gestürzt.

Berlin, 9. November. Unter dem Einfluß der geplanten geschäftlichen Maßnahmen kam es am Markte der ausländischen Zahlungsmittel zu großen Abflchwüngen. 100 holländische Gulden wurden mit 9100, gestern mit 10600, ein Dollar mit 260, gestern mit 310, das englische Pfund mit 1000, gestern mit 1180, 100 Schweizer Franken mit 5300, gestern 5750, bezahlt.

Englische Stimme zum Marktzug.

London, 8. November. Die Blätter besaßen sich in Telegrammen aus Berlin und in Artikeln mit dem Sturz der Mark. „Times“ schreibt in ihrem Finanzteil, es bestehe kein Zweifel daran, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten sei. In einem Leitartikel sagt das Blatt, man behaupte, daß die Reparations-schuld an dem Zusammenbruch der Mark seien. Wenn sie auch dazu beitragen, so seien sie doch nicht der einzige Grund, was durch die Tatsache bewiesen werde, daß ganz abgesehen von den Reparationen, das deutsche Budget ein Defizit aufweise. Für den Augenblick sei es Aufgabe der Allierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Januarrate bezahle, und zuzusehen, daß Deutschland die notwendigen Schritte tue, um die ausländischen Werte zu erhalten, die für die Zahlung erforderlich seien. „Westminster Gazette“ tritt in einem Leitartikel für die Streichung der Reparationen ein. Es sei dringend notwendig, daß sich die öffentliche Meinung Geltung verschaffe und gegen den Bankrott ein Veto erhebe. Großbritannien habe nichts zu verlieren und alles

zu gewinnen, wenn es auf die deutschen Reparationen verzichte.

Rückschlag auf der Börse.

Berlin, 9. November. Der gestrige eingetretene Rückgang am Devisenmarkt setzte sich heute in verstärktem Maße fort. Der Dollar wurde amtlich mit 253 festgesetzt, und stellte sich später auf ca. 251. Holland geht zu 8870, London zu 882 1/2, und Paris zu 1800 um. Von nordischen Wägen nannte man: Norwegen 3477, Dänemark 4425 und Schweden zu 5700. Polen-Roten stellten sich auf 8 1/2. In Börsenkreisen ist man der Ansicht, daß dieser Rückschlag nur auf Glättstellung der Spekulation zurückzuführen ist, da vom 1. Dezember ab der Verkehr in Devisen und Roten vom Finanzamt kontrolliert und die Schlussheine veräußert werden, ehe sie in die Hände des Empfängers gelangen. Hierdurch dürfte eine Einschränkung der Spekulation erreicht werden, die natürlich in Börsenkreisen Verstimung auslöst, daß die angekündigten Maßnahmen seitens der Parlamente, sowie der unabhängigen Behörden voranzukommen, zu verkaufen. Die Effektenbörse fand nicht statt, doch fanden sich die Makler an den Schranken zur Entgegennahme von Aufträgen und Reklamationen ein. Umsätze wurden nicht getätigt. Es ließ sich immerhin erkennen, daß morgen in den bevorzugten Spekulationspapieren Rückgänge von 100 Prozent und darüber eintreten dürften, da auch das Publikum zu Angstverkäufen zu schreiten scheint.

Elfaß-Lothringen und der Marktzug.

Strasburg, 7. November. In Elfaß-Lothringen herrscht eine geradezu fieberhafte Spekulationswut in deutscher Mark. Die Straßburger „Neuesten Nachrichten“ schreiben: Frankreich werde sicher in Kürze den Rückschlag des Marktsalutantenüberganges zu fühlen haben. Das Blatt warnt vor weiteren Markankäufen, da es nicht unmöglich sei, daß Deutsch-lands seine Währung völlig entwertet und erklärt, daß die Mark nur noch einen Pfennig gelte.

Französische „Friedens“-Forderungen.

Paris, 9. November. In der gestrigen Senatsitzung, in welcher die Finanzlage Frankreichs besprochen wurde, erklärte Senator Japy, daß man sich durch den falschen deutschen Bankrott nicht betören lassen dürfe. Man dürfe den Bankrott nicht annehmen und müsse sich an den natürlichen Reichtlümern Deutschlands schadlos halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären, dann müsse man alle internationalen strategischen Eisenbahnlinien besettigen und beide Rheinarmer neutralisieren. Das wäre eine ernstliche Friedensgarantie und eine Frage, mit welcher der Völkerverbund beschäftigt werden müßte. Der Senator verlangte auch, daß die Frage der französischen Schulden bei den Alliierten präzipiert werde, und schlug eine internationale Anleihe bei den Neutralen vor, um die Finanzlage Frankreichs zu bessern. Die Anleihe solle durch eine Hypothek auf das deutsche Vermögen gedeckt werden.

Nach der Entgegung des Handelsministers Dior, der an die Wiederaufnahme der Geschäfte mit Deutschland glaubt, wurde eine Vertrauens-tagesordnung angenommen, in der gesagt wird, man habe das Vertrauen zu der Regierung, daß sie nicht gescheit werde, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen werde, was ein wirkliches wirtschaftliches Verbrechen in der Welt darstellen würde.

Wann ist Reichspräsidentenwahl?

Einer Neuwahl des Reichspräsidenten wird nach der einklaglichen Regelung der ober-schle-sischen Fragen nichts mehr im Wege stehen. Wie der „Reichsbote“ hört, plant man jedoch,

die Wahl nicht vor dem Sommer 1922 vorzunehmen. Dem Reichstag wird im Winter ein diesbezügliches Gesetz ausgehen.

Die Reparationskommission in Berlin.

Berlin, 7. November. Die Deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der Deutschen Regierung über die Durchführung der vom Garantiekomitee in Ansehung des Zahlungsplans gewünschten Maßnahmen und ihre Ergänzung eine Besprechung abzuhalten.

Revolutionsfeier in Berlin.

Berlin, 9. November. Auf sieben Plätzen des Reichsbildes von Berlin fanden sich heute nachmittags gegen 3 Uhr Mitglieder der USPD, und der SPD, ein, um gemeinsam den Revolutionsstag zu feiern. Die Fabrikten, Geschäftsbücher schlossen um 2 Uhr. Die Arbeiter sowie ein Teil der Angehörigen begaben sich nach den Versammlungsplätzen. Die Versammlungen lösten sich in Ruhe ohne Zwischenfall auf. Die Teilnehmerzahl betrug insgesamt 50000—75000.

Im ganzen Reich ist, soweit die bisher vorliegenden Meldungen erkennen lassen, die Feier des 9. November ruhig und ohne Störung verlaufen.

130 Prozent Zoll auf die deutschen Holzhäuser.

Der „Intransigent“ meldet aus Biele, daß die deutschen Holzhäuser, deren Modelle jetzt im Viller Wiederanbaugeschäft ausgestellt werden, 23000 Franken kosten sollen. Der deutsche Preis betrage 10000 Franken, aber die französische Zollverwaltung beanspruche 18000 Franken für jedes Haus. Das Blatt bemerkt zu dieser Nachricht, die Belegung der Häuser mit einer derartigen Zollabgabe verate einen seltsamen Konflikt zwischen zwei französischen Behörden, deren eine geradezu darauf auszugehen scheint, Vouchers Plan für einen Wiederaufbau zu vereiteln. Wenn man, so bemerkt der „Intransigent“ weiter, den Wiederaufbau wirklich wünsche, müsse man (was auch aus selbstverständlich erscheint) die deutschen Häuser der geschäftigsten Bevölkerung ohne Zollschlag überlassen. Das Blatt fordert die beteiligten Minister auf, sich zu der Frage zu äußern.

„Die Wacht am Rhein.“

Paris, 10. November. In der „Lanterne“ wird eine Betrachtung über die Kosten der Rheinarmee angeführt, die auf 460 Millionen in das Budget für 1922 gestellt sind. 90414 Offiziere und Soldaten halten die „Wacht am Rhein“, die zahlenmäßig wie folgt verteilt sind: 33 Generale, 610 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 7931 Unteroffiziere, 10350 Korporale und Gefreite, 68678 Soldaten. „Es ist ja bekannt“, so schreibt das Blatt, „daß wir nach Beendigung des Krieges in der Armeedienst Generale haben, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Sieht man deshalb so viele in das Rheinland?“

Nachklänge zur Explosion in Oppau.

Um die Aufräumungsarbeiten im Oppauer Werk möglichst zu fördern, sind Krupp'sche Riesenschiffe dorthin gebracht worden. Ein großer Teil des Ammoniak, Sulfat, Salpeter, der noch nach der Explosion in Oppau lagerte, ist inzwischen ohne Unfall fortgeschafft. Die Untersuchungen verschiedener Sachverständigenkommissionen über die Ursache der Explosion haben noch immer nicht zu einem Ergebnis geführt. Der durch die Explosion nur wenig beschädigte Teil der Fabrik ist sowohl wiederhergestellt, daß ein beträchtlicher Teil der Fa-

brill, besonders der der Ammoniakfabrik, am 1. 12. wieder aufgenommen werden kann. Ammoniak, Sulfat, Selpeter wird dagegen nicht mehr hergestellt werden.

Ein Wagnis des polnischen Ministerpräsidenten.

Der polnische Ministerpräsident Ponirowski hat ein Wagnis unternommen, das ihm die Feindschaft der in Polen herrschenden Parteien zugezogen hat und das, wenn er sich nicht sehr rasch und sehr deutlich zum Rückzug entschließen wird, seinen Sturz zur Folge haben mag. Er hat nämlich seit der Entscheidung über Oberschlesien plötzlich deutlich und demonstrativ zum Ausdruck gebracht, daß von nun an eine Politik der Versöhnung mit Deutschland und eine Politik der Annäherung betrieben werden müsse.

Diese Wandlung war offenbar von einer sehr richtigen Beurteilung der Situation in Oberschlesien selbst eingeleitet. Ponirowski scheint der Ueberzeugung zu sein, daß die Leistung dieses Landes und seine Fortentwicklung nicht ohne vernünftige Vereinbarungen mit Deutschland und ohne ein Hand-in-Gang-Kommen mit Berlin möglich sei. Polnische Interessen, nationale Interessen waren es also, die Herrn Ponirowski plötzlich in das Lager der Verständigungspolitik führten, aber schon die Worte Verständigung oder Versöhnung, selbst wenn sie im egoistischen Interesse Polens gesprochen werden, genügen die Leidenschaften der polnischen Chauvinisten aufs äußerste zu erregen.

Der Herr Ponirowski erhebt sich, seitdem er diesen Kurs einschlägt und namentlich seitdem er ihn am Sonntag in einer Rede im Warschauer Rathaus mit klaren Worten formuliert, ein wahrer Sturm in der polnischen Rechtspresse. Insbesondere die sogenannten Nationaldemokraten und zwar sowohl die Parlamentarier, als auch die Organe der öffentlichen Meinung, ergehen sich in leidenschaftlichen Anklagen gegen Ponirowski und es hat den Anschein, als ob sich eine Opposition gegen ihn sammle, deren einziges Ziel es sein würde, diesem Minister der Versöhnung das Genick zu brechen.

Es ist interessant, daß diese Bewegung gerade vor dem Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien eintritt. Ihr Verlauf wird wesentliche Klärung über den Geist schaffen, mit dem sich die polnische Regierung schließlich an den Verhandlungstisch setzen wird.

Oberschlesien.

Erhaltung des Deutschtums in Oberschlesien.

Der kommissarische Oberpräsident von Oberschlesien, Witt, veröffentlicht in der Schlesiens Volkszeitung einen Artikel, in dem er die Möglichkeiten bespricht, die für die Erhaltung des Deutschtums in Oberschlesien maßgebend sein müssen. Als Voraussetzung ihrer Arbeit zur Erhaltung des Deutschtums führt Witt zunächst die Erkenntnis an, daß das Deutschtum nicht mit deutscher Sprache, sondern mit deutscher Gesinnung zusammenfällt. Sodann muß bei der Behandlung der Oberschlesier vermieden werden, durch eine Fortsetzung der alten antipolnischen und antikatolischen Politik die Gegner in ihrer Einstellung zu befestigen. Das beste Propagandamittel für die Erhaltung des Deutschtums in Oberschlesien sei die durchaus lokale Erfüllung der vor der Abtötung gemachten Versprechen; alsobaldige Besetzung leitender Stellen und polnischer Beamtenstellen mit Männern, die Verbindnis für die Besonderheiten der Verhältnisse Oberschlesiens haben und Vertrauen bei der Bevölkerung genießen, unter weitestgehender Zuziehung bekannter polnisch sprechender Männer.

Der wichtigste Punkt bei der Erhaltung und Förderung des Deutschtums betrifft, so sagt Witt weiter, die alten und neu entstandenen Organisationen. Die wirtschaftlichen und caritativen Organisationen eignen sich mit ihrer Neutralität besonders dazu, den Ausgleich der bestehenden Gegensätze und die Vereinigung der beiden Volksteile herbeizuführen. Neue Organisationen können nur das Vertrauen der Oberschlesier gewinnen und bestehen, wenn sich in ihnen alle Oberschlesier, gleich ob polnisch oder deutsch sprechend, zusammenfinden, auf der Grundlage gemeinsamer praktischer Arbeit.

Die Grenzfestsetzung.

Berlin, 9. November. Ueber die Arbeiten der Grenzfestsetzungskommission für Oberschlesien wird am zuständigen Stelle mitgeteilt: Die Grenzfestsetzungskommission hat vorige Woche in Oppeln ihre Arbeit aufgenommen. Sie setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, aus dem französischen General Dupont als Vorsitzenden, je einem französischen, britischen, italienischen

und japanischen Mitglied, aus dem deutschen Mitgliede, Herrn von Treutler, und dem polnischen Mitgliede, Graf Szembol.

Der Vorsitzende, General Dupont, hat von der Volksgastkonferenz Anweisung erhalten, die Grenzen im Gelände zunächst so festzulegen, daß bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Ferner hat die Volksgastkonferenz die Aufgabe der Kommission im einzelnen geregelt. Sie hat ihr keinen großen Spielraum gelassen. So hat die Kommission beispielsweise nicht das Recht, größere Grenzveränderungen vorzunehmen, und muß sich in Bezug auf die im Genfer Diktat genannten Ortsorten streng an die Entscheidung von Genf halten. Ein Austausch von Ortsorten ist nur möglich im beiderseitigen Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen. Die Kommission arbeitet mit drei Plänen:

1. ein nördlicher Teil von Breschitz-Gerbz bis zur Straße Larnowit-Gleitw.
2. ein südlicher Teil von der tschechollowatischen Grenze bis zur Straße Nisol-Gleitw.
3. ein mittlerer Teil, dessen Grenze quer durch das Industriegebiet geht.

Für den nördlichen Teil sind die Abgrenzungen bereits in der vorigen Woche vollendet worden. Gegenwärtig wird die Grenze für den Südtel festgelegt. In nächster Woche wird die Grenze durch das eigentlich Industriegebiet gelegt werden. Die Kommission wird sich dann wohl von Oppeln nach Dentsch oder Gleitw begeben.

Die Wirtschafts-Verhandlungen.

Berlin, 8. November. Der polnische Gesandte hat gestern im Auswärtigen Amt vorgeschlagen. In den Besprechungen, die sich um die Verhandlungen über Oberschlesien drehen, wurde dem Gesandten die bestimmte Erklärung gegeben, daß auf deutscher Seite der beste Wille bestehe, die Verhandlungen schnellstens zu einem gedeihlichen Ende anzuführen. Wie gemeldet wird, wird der polnische Gesandte sich kommende Woche zu informativem Zweck nach Oppeln und Oberschlesien begeben.

Genf, 8. November. Der ministerielle „Nota“ meldet aus Warschau: Die Dauer der Wirtschaftsverhandlungen, die die Einheit des ober-schlesischen Industriegebietes sicherstellen und die politische Grenzlinie in ihren ökonomischen Wirkungen abschwächen soll, wird mit 8 bis 12 Wochen geschätzt. Vorausgesetzt, daß nicht besondere Zwischenfälle sich ereignen, wird die offizielle Notierung der Genfer Entscheidung an die beiden Regierungen durch die Mächte frühestens Ende Januar erfolgen, mit welchem Tage auch die etatsmäßige Frist für den Abtransport der allerletzten Truppen aus Oberschlesien zu laufen beginnt.

Die deutsch-polnischen Wirtschafts-Verhandlungen bedroht.

Paris, 9. November. Der „Temps“ meldet aus Warschau: Falls Deutschland seinen Protest gegen die Genfer Entscheidung auch in den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen wiederholt, ist die sich anbahnende verhängnisvolle Haltung Polens äußerst gefährdet. In polnischen Regierungskreisen ist man entschlossen, die Wirtschaftsverhandlungen bei einem formellen Protest Deutschlands gegen ihre Rechtsgültigkeit nicht fortzuführen.

Berlin, 8. November. Gegenüber der Meldung, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen am 20. November in Oppeln beginnen würden, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß hier davon nichts bekannt ist. Man hält es aber für ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in Oppeln stattfinden werden. Auch Genf soll als Tagungsort nicht in Frage kommen.

Vorbereitung in Genf.

In den nächsten Tagen wird der frühere Staatssekretär Dr. Sewald, der Stellvertreter des deutschen Delegierten für die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Polen, mit dem Vertreter der preussischen Regierung Dr. Göppert nach Oberschlesien gehen, um Fühlung mit den dortigen deutschen Kreisen zu nehmen. Der deutsche Delegierte, Minister a. D. Schiffer, legt den größten Wert darauf, die Verhandlungen nicht bloß am grünen Tisch zu führen, sondern in enger Fühlung mit den Oberschlesiern und mit Bräun zu arbeiten. Weder über den Ort noch über den Termin der Verhandlungen mit Polen ist am zuständigen Stelle etwas bekannt, doch hat die Nachricht, daß am 21. November eine Vorbereitungsreise in Genf stattfinden soll, die Wahrscheinlichkeit für sich.

Informationsreise der deutschen Bevollmächtigten.

Berlin, 9. November. Der stellvertretende deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staats-

sekretär Dr. Sewald, und der preussische Generaldirektor beim deutschen Bevollmächtigten, Unterstaatssekretär a. D. Göppert, werden in den nächsten Tagen in Breslau und Oberschlesien sowohl mit Vertretern der Unternehmer, als auch mit Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie mit den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die sich aus der Entscheidung der Volksgastkonferenz über Oberschlesien ergebenden wirtschaftlichen und Verwaltungsrechtsfragen erörtern und dadurch in die Lage kommen, die Wünsche des Abstammungsgebietes und der Provinz Schlesien noch einmal mit berufenen Vertretern dieser Gebiete eingehend zu prüfen.

Was die Polen für notwendig halten.

Warschau, 8. November. In hiesigen politischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Bestimmungen, die den Austausch der deutschen Mark in Oberschlesien betreffen, als eine Pflicht zu verstehen sind, die nur Deutschland auferlegt wurde, damit es die deutsche Währung in genügender Menge zur Verfügung stellt. Die polnische Regierung kann zur Befreiung einer Währung nicht gezwungen werden, die sie nicht besitzt. Deutschland wird daher gezwungen sein, in Oberschlesien während der Übergangszeit eine Fiktale der Reichsbank zu unterhalten. Diese Forderung wird eine Hauptforderung der Polen bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien bilden.

Rödingshütter Gruben in französischer Verwaltung.

Am Sonnabend erschienen in der Staats-Bergwerksinspektion I in Rödingshütte zwei französische Bergingenieur, darunter der Chef des Mines Jules Simon, und erklärten, daß sie die Rödingshütter Gruben übernehmen werden.

Die italienischen Verluste in Oberschlesien.

Der Zürcher „Tagesspiegel“ meldet aus Rom, daß der Kriegsminister am Montag auf eine Anfrage bekanntgegeben habe, daß die Mitglieder der ober-schlesischen Truppen nach Italien frühestens im März 1922 zu erwarten sei. Ueber die Verluste der italienischen Truppen in Oberschlesien teilt er mit, daß von italienischer Seite 11 Offiziere, 68 Mann, ferner 6 Zivilpersonen gefallen seien.

Das Autonomiegesetz wird durchgeführt!

Berlin, 8. November. Das von der Reichsregierung vorbereitete Autonomiegesetz für Oberschlesien wird dem Reichstag noch vor Weihnachten zugehen. Die Regierung hält an ihrem Versprechen fest, Oberschlesien die Autonomie zu gewähren.

Verhandlungen über Ultimatum?

Oppeln, 10. November. Es haben bereits mehrfach Besprechungen der politischen Abteilungen der F. R. mit der polnischen Kommission stattgefunden. Von Seiten der F. R. wurde vorgeschlagen, die wirtschaftlichen Fragen durch ein Ultimatum zu regeln. Von polnischer Seite wird dieser Plan unterzückt. So meldet die „Telegr.-Union“.

Berlin, 10. November. In Vorbereitungen über die deutsch-polnischen Verhandlungen im Auswärtigen Amt sind die für Oberschlesien und das Reich wichtigen Volksfragen sowie alle Fragen der Ein- und Ausreise im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Genfer Diktats einer sachlichen Prüfung unterzogen worden.

Die Wohnungsnot?

Oppeln, 10. November. Der „Sonntags-Blatt“ erfährt aus guter Quelle, es sei nicht wahrscheinlich, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen in Oppeln stattfinden, da es wegen der Wohnungsnot schwierig sein dürfte, die Kommissionen in Oppeln unterzubringen.

Totales u. Provinzielles.

Sobhan O.-C., den 11. November 1921.

(Abf.) So scheint uns der selten schöne Herbst nun endgültig Ade gelagt zu haben. Seit einigen Tagen fallen die Schneeflocken in monotoner Weise vom grauen Wolkenhimmel herunter und sogar ein ziemlich starker Frost hat sich eingestellt, der scharf um die Ohren peist und die Gewässer zum Gefrieren bringt. Der märkische Wintermann ist im Anzuge. Zwar läßt der scheidende Herbst, der hener überaus schön war, dem anfühlenden Winter mit letzter Kraft seinen warmen Arm entgegen, sodas die kristallinen Flocken halb geschmolzen auf die Erde fallen. So sehr uns auch der Abschied vom Herbst wehe tut, so wenig sind wir aber für Kämpfe entnommen, die die beiden Mitalen in der Luft anstragen müßten. Die Folgen haben nur wir Sterblichen zu tragen. Wir werden es am nächsten Schandwerk wie an der nassen Kleidung. Tot-

